

Der BaWü-Check: Was den Menschen im Land wichtig ist



Wann ist man arm? Die Kosten steigen und die Menschen im Land denken zunehmend ans Geld. Die höheren Lebensmittelpreise machen vor allem Personen mit niedrigem Einkommen zu schaffen. Foto: Friso Gentsch/dpa

Das Geld spielt eine immer größere Rolle

Steigende Preise treiben Bevölkerung um / Viele befürchten Kosten durch Klimaschutz / Kippt die Stimmung?

Zur Serie

Wie zufrieden oder unzufrieden sind die Menschen im Südwesten mit der Arbeit der Landesregierung? Welche Sorgen und Ängste bewegen sie? Um das herauszufinden, haben sich die Tageszeitungen in Baden-Württemberg mit dem namhaften Institut für Demokratie Allensbach (IfD) zusammengeschlossen. Die Meinungsforscher befragten mehr als 1.000 erwachsene Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten.



Im siebten Teil des Baden-Württemberg-Checks geht es um die Stimmung im Land und eine erste Bilanz nach der Bundestagswahl im September.

Der Klimawandel war eines der Top-Themen bei der Bundestagswahl. Dass es den nicht zum Nulltarif geben würde, war den meisten Wählerinnen und Wählern bei ihrer Entscheidung wohl klar. Doch seitdem hat sich etwas Entscheidendes verändert: Angesichts der seit diesem Herbst rasant steigenden Preise für Energie und andere Lebenskosten sinkt in der Bevölkerung Baden-Württembergs die Bereitschaft, für den Klimawandel zu zahlen.

Schon jetzt fühlt sich die große Mehrheit von den Preissteigerungen der letzten Monate stark oder sogar sehr stark betroffen. 65 Prozent der Bürgerinnen und Bürger ziehen die Bilanz, dass die höheren Preise sie persönlich spürbar belasten. Dies gilt insbesondere für die Bezieher unterdurchschnittlicher Einkommen: So konstatieren 75 Prozent der Bevölkerungskreise mit einem Haushaltsnettoeinkommen unterhalb von 2.000 Euro, dass sie die Preissteigerungen der letzten Monate stark belasten. Von den Bevölkerungskreisen mit einem Haushaltseinkommen von netto 3.500 Euro und mehr sind es immerhin noch 55 Prozent.

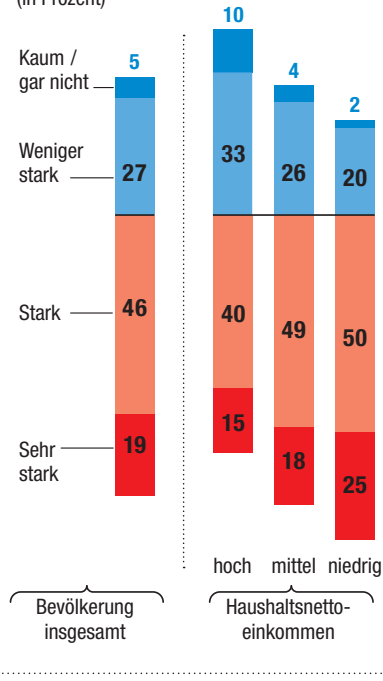
Ärger an der Tankstelle und im Supermarkt

Besonders stark spüren die Baden-Württemberger das derzeit an der Tankstelle, bei der Heizkosten- und Stromabrechnung sowie beim Lebensmittelkauf. 71 Prozent fühlen sich besonders stark von den gestiegenen Spritpreisen betroffen, jeweils rund zwei Drittel von den höheren Heiz- und Stromkosten, weitere 62 Prozent von den gestiegenen Lebensmittelpreisen.

Dass auch die Dinge des täglichen Bedarfs teurer werden, spüren insbesondere die unteren Einkommensgruppen: 76 Prozent der Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen empfinden die Preissteigerungen beim Kauf von Lebensmitteln als besonders belastend, 74 Prozent von ihnen die gestiegenen Strompreise, 69 Prozent die hohen Heizkosten. Der beginnende Winter dürfte die Sorgen vieler Menschen noch einmal spürbar verstärken.

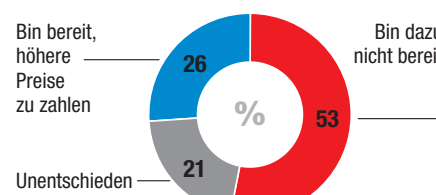
Steigende Preise

„Viele Preise in Deutschland sind ja in den letzten Monaten gestiegen. Wie sehr belasten Sie diese Preissteigerungen?“ (in Prozent)



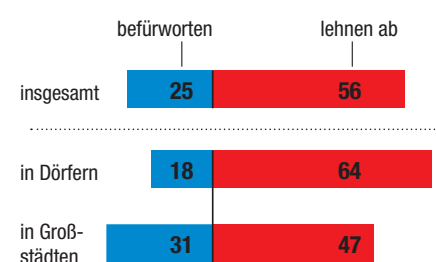
Klimaschutz

„Sind Sie bereit, für den Klimaschutz höhere Energiepreise zu zahlen, oder sind Sie dazu nicht bereit?“



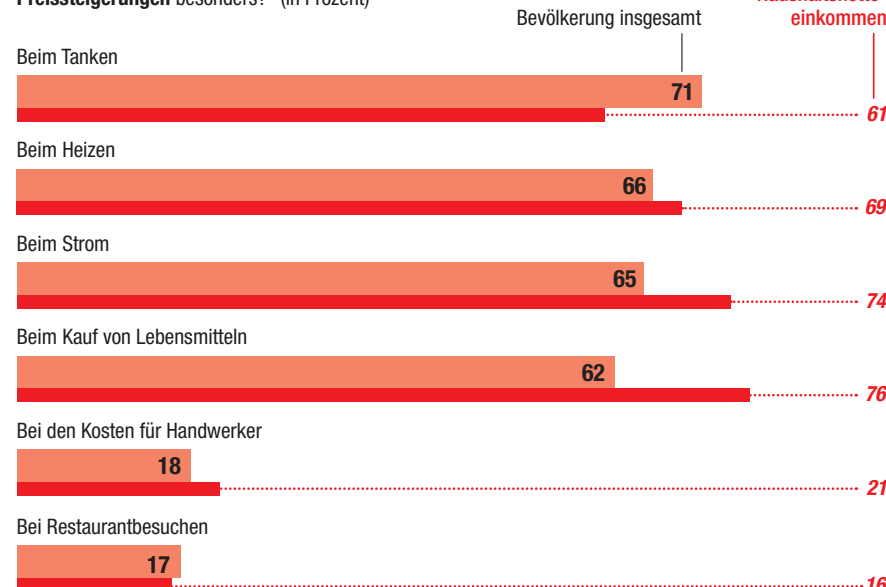
Verbot von Verbrennungsmotoren

„Sind Sie dafür, dass ab 2030 keine neuen Autos mit Benzin- oder Dieselantrieb zugelassen werden?“



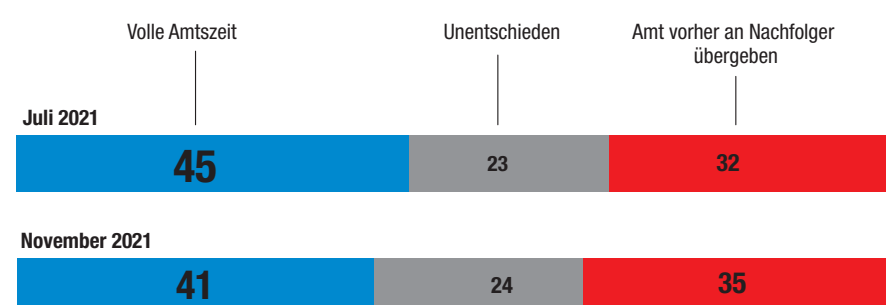
Finanzielle Belastungen

„In welchen Bereichen treffen Sie die Preissteigerungen besonders?“ (in Prozent)



Volle Amtszeit für Winfried Kretschmann?

„Wie sehen Sie das: Sollte Ministerpräsident Winfried Kretschmann die volle Amtszeit, also die nächsten fünf Jahre, im Amt bleiben, oder sollte er das Amt vorher an einen Nachfolger übergeben?“ (in Prozent)



BNN-Infografik | Quelle: Allensbacher Archiv

Einbußen durch den Klimaschutz

Die Belastungen durch die aktuellen Preisentwicklungen werden auch beeinflussen, wie die Menschen politische Entscheidungen akzeptieren – insbesondere bei solchen, die mit finanziellen Einbußen verbunden sein könnten. Dazu gehören vor allem Maßnahmen, die einen besseren Klimaschutz garantieren sollen. So erwarten 53 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung für sich und ihre Familien in den nächsten Jahren große finanzielle Belastungen infolge etwaiger Klimaschutzmaßnahmen.

Besonders groß ist die Sorge vor zusätzlichen finanziellen Belastungen bei denen, die schon jetzt besonders stark unter der aktuellen Preisentwicklung leiden. Von ihnen befürchten 68 Prozent, dass die zu erwartenden Klimaschutzregelungen sie und ihre Familie spürbar belasten werden. Solange die Preise ganz allgemein weiter steigen, dürfte es die Politik entsprechend schwer haben, die Bevölkerung von der Notwendigkeit von Maßnahmen zu überzeugen.

Verbrenner nicht verbieten

Die Deutschen und ihr Auto – das ist immer ein ganz besonderes Thema. Im Ländle natürlich erst recht. Deutlich weniger Unterstützung findet in der aktuellen Umfrage die Forderung, ab 2030 keine neuen Autos mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen. Lediglich 25 Prozent halten dies für eine gute Idee, 56 Prozent sprechen sich eindeutig dagegen aus.

Wie bei vielen verkehrspolitischen Fragen unterscheiden sich die Einstellungen der Stadt- und Landbevölkerung deutlich: Immerhin 31 Prozent der Großstadtbewohner unterstützen das Ende von Benzin- und Dieselmotoren bei Neuzulassungen ab dem Jahr 2030; aber auch von ihnen spricht sich eine relative Mehrheit (47 Prozent) gegen ein generelles Verbot des Verbrennungsmotors aus. Auf dem Land lehnen sogar 64 Prozent diese Forderung ab.

Unsicherheit über das Wahlergebnis

Die Mehrheit der Bevölkerung weiß bislang noch nicht so recht, was sie von dem Bundestagswahlergebnis halten soll. Große Freude hat es bei den Bürgern jedoch nicht ausgelöst. Nur 36 Prozent sind mit dem Ausgang der Wahl im September zufrieden.

Soziale Fragen haben Priorität

Gleichzeitig hat die Bevölkerung eine klare Vorstellung davon, worum sich die neue Bundesregierung vor allem kümmern sollte. Die Menschen sorgen sich vor allem um die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme, darüber, dass die Mietpreise immer weiter steigen und dass das Gesundheitssystem durch die Corona-Krise zu sehr belastet wird. 65 Prozent der Bürger fordern deshalb, die neue Regierung solle sich besonders um die Sicherheit der Renten kümmern. 58 Prozent halten es für besonders dring-

Kretschmann soll bleiben

lich, dass die Regierung für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgt und 57 Prozent, dass das Gesundheitssystem gestärkt wird. Weitere 55 Prozent sehen im Umwelt- und Klimaschutz eine vorrangige Aufgabe der neuen Regierung.

Wird er bleiben oder vorher gehen? Nach wie vor ist unklar, ob Winfried Kretschmann (Grüne, Foto: Bernd Weißbrod/dpa) das Amt des Ministerpräsidenten über die volle Amtszeit ausüben oder ob er im Laufe der Legislaturperiode an einen Nachfolger übergeben wird. Unverändert würde es eine relative Mehrheit der baden-württembergischen Bevölkerung begrüßen, wenn Kretschmann die vollen fünf Jahre im Amt bliebe.



Winfried Kretschmann Ministerpräsident Baden-Württemberg

Der Anteil derer, die sich dafür aussprechen, ist jedoch seit Juli dieses Jahres leicht von 45 auf 41 Prozent zurückgegangen. 35 Prozent sind aktuell der Überzeugung, dass es besser wäre, wenn Winfried Kretschmann sein Amt bereits vorher an einen Nachfolger übergeben würde.

Wenig Unterstützung für Grün-Schwarz

Aktuell wünschen sich mehr Bürger eine Regierungsbeteiligung der SPD in Baden-Württemberg als noch im Juli dieses Jahres – kurz nach der Landtagswahl. Damals begrüßten 35 Prozent die Fortsetzung der grün-schwarzen Landesregierung, derzeit sind es nur noch 31 Prozent. Umgekehrt ist der Anteil derer, die sich stattdessen in Baden-Württemberg eine Ampelkoalition aus Grünen, SPD und FDP gewünscht hätten, von 31 auf 41 Prozent angestiegen. Insbesondere die Anhänger der Grünen sehen die Fortsetzung von Grün-Schwarz in Baden-Württemberg zunehmend kritisch.

Pragmatisch statt euphorisch

Die aktuelle Umfrage zeigt, dass die Bevölkerung Baden-Württembergs den Ausgang der Bundestagswahl eher pragmatisch als euphorisch zur Kenntnis genommen hat. Die Auswirkungen auf die Landespolitik lassen sich derzeit nur schwer abschätzen. Viel stärker wirken sich hingegen derzeit die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland auf die Bevölkerung im Land aus. Wenn die Preise weiter ansteigen, könnte dies zu einer ernsthaften Belastung für die neue Bundesregierung werden. Sibylle Kranich